

PSAG	<u>Ergebnisprotokoll</u>	06.01.2023
	<u>Kurzbeschreibung des Anlasses</u>	
<u>Bearbeiter/in</u> Herr Schmidt	Sitzung der PSAG vom 07.12.2022 Ort: Rathaus an der Volme	
TOP Stichwort		
<u>Anwesenheit:</u> TOP 1 <u>Begrüßung</u> TOP 2 <u>Tagesordnung, Protokoll</u> TOP 3 <u>Frau Tönnies, LebensART</u> <u>Münster: Ex-In Genesungs-</u> <u>begleiter, Qualifizierung und</u> <u>Arbeitsfelder</u> TOP 4 (neu) <u>PeRisikoP</u>	<p>Siehe Anwesenheitsliste</p> <p>Begrüßung durch den Vorsitzenden Dr. Görtz</p> <p>Keine Einwände gegen das Protokoll, Ergänzung der Tagesordnung auf Vorschlag von Herrn Schmidt um den neuen TOP 4 PeRisikoP</p> <p>Frau Tönnies stellte gemeinsam mit einer Genesungsbegleiterin das Konzept vor. Die Ausbildungsschwerpunkte wurden anschaulich dargestellt. Da die Präsentation als Anlage beigefügt ist, ist eine inhaltliche Darstellung an dieser Stelle nicht notwendig.</p> <p>In der anschließenden Diskussion wurde die fehlende Refinanzierung im Krankenhaus beklagt. Einsatzmöglichkeiten wurden von den Anwesenden vor allem im Bereich betreutes Wohnen, Landschaftsverband oder öffentlicher Dienst gesehen. Frau Tönnies berichtete, dass 80 % der Genesungsbegleiter in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelt werden konnten, einige jedoch nur in eine geringfügiges Beschäftigungsverhältnis.</p> <p>Herr Schmidt berichtete über PeRisikoP und stellte die öffentliche Mitteilung vor.</p> <p>Das Konzept zur Früherkennung von und zum Umgang mit Personen mit Risikopotenzial, kurz PeRisikoP, wurde ab Mai 2022 in allen 47 Kreispolizeibehörden Nordrhein-Westfalens eingeführt. Mithilfe des Konzepts sollen, lt. Pressemitteilung, risikoträchtige Personen frühzeitig erkannt werden – auch losgelöst von politischen oder religiösen Motiven. „Mit PeRisikoP können wir potenzielle Amokläufer nun landesweit leichter aufspüren. Natürlich gibt es keine hundertprozentige Sicherheit, aber wir hoffen, dank PeRisikoP bereits im Verdachtsfall eingreifen und so das Risiko schwerer Gewalttaten minimieren zu können,“ sagte Innenminister Herbert Reul.</p> <p>Nach den Amokfahrten von Münster, Volkmarsen und Trier hatte Innenminister Reul das Konzept ins Leben gerufen. Im März 2021 begannen die Polizeibehörden Münster, Bielefeld und Kleve dann mit der Erprobung von PeRisikoP. Während dieser Testphase wurden insgesamt 66 Prüffälle bearbeitet. Bei der Risikobewertung geht die Polizei anhand eines Kriterienkatalogs vor. Wenn eine Person sich zum Beispiel gewaltbereit oder waffenaffin in Verbindung mit psychisch auffälligem Verhalten zeigt, kann PeRisikoP eingesetzt werden. In gemeinsamen Fallkonferenzen sollen Polizei und weitere Behörden wie Schulen, Gesundheitsämter oder psychiatrische Einrichtungen sich beraten und das Risikopotenzial und besprechen. PeRisikoP nehme aus Sicht des Innenministeriums aber nicht einfach Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Auffälligkeiten ins Visier. Neben Risikofaktoren werden deshalb bei der Bewertung auch Schutzfaktoren und stabilisierende Aspekte berücksichtigt. Eine Stigmatisierung solle ausgeschlossen werden.</p> <p>Der behörden- und institutionsübergreifende Austausch erfolge dabei immer im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere des Datenschutzes.</p>	

<p>TOP 5 <u>Rückblick und Ausblick Woche der seelischen Gesundheit</u></p> <p>TOP 6 <u>Ergebnisse Regionalplanungskonferenz</u></p> <p>TOP 7 <u>Verschiedenes</u></p> <p>a) <u>Allg. Informationen/Aktuelles aus den Einrichtungen</u></p>	<p>PeRisikoP beruhe im Wesentlichen auf der engen Zusammenarbeit zwischen allen Projektpartnern. Die Polizei könne erst eingreifen, sobald eine Person straffällig wird. Andere Institutionen können dagegen noch vor einer Straftat reagieren – etwa durch Familienberatung oder psychosoziale Unterstützung. „Wir haben unterschiedliche Zuständigkeiten und Aufgaben, aber ein gemeinsames Ziel: Wir wollen Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich schützen und dafür arbeiten wir bei PeRisikoP Hand in Hand zusammen,“ sagte Innenminister Reul.</p> <p>Tatsächlich sind in Hagen drei Polizeibeamte in diesem Bereich eingesetzt. Von dort habe es eine Vielzahl von Anfragen in konkreten Einzelfällen gegeben. Der SpDi hat bisher mit Hinweis auf die Schweigepflicht lediglich die Hinweise zur Kenntnis genommen und ist im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages tätig geworden. Polizeiberichte gehen unabhängig von PeRisikoP täglich beim SpDi ein. In jedem Einzelfall erfolgt eine Überprüfung des Unterstützungsbedarfes und ggfls. Eigen- u. Fremdgefährdung. Eine Rückmeldung an die Polizei erfolgt nur mit Zustimmung des Klienten. Auch Informationen zum Krankheitsbild oder etwaige Behandlungsmaßnahmen werden nicht weitergegeben. Dies wird mittlerweile von der Polizei bei sog. PeRisikoP-Fällen nicht mehr akzeptiert. Aufgrund der massiven Forderungen ist es zu einem Konflikt gekommen, der derzeit vom Rechtsamt geprüft wird. Ähnliche Nachfragen hat es beim St.Johannes-Hospital und auch bei einem Anbieter ABW gegeben. Die Polizei möchte die Arbeit in der PSAG vorstellen und wünscht sich einen aktiven Austausch. Herr Schmidt teilte der Polizei mit, dass dies erst nach Rückmeldung aus der PSAG möglich ist. Eine regelmäßige Teilnahme oder gar eine Mitgliedschaft sei nicht möglich. Die Polizei sieht sich als aktiver Vermittler, der in die Betreuungsprozesse eingebunden werden möchte.</p> <p>Es wurde nach einer längeren Diskussion vereinbart, dass nach Klärung des aktuellen Konfliktes Mitarbeiter von PeRisikoP in die PSAG eingeladen werden können, um das Konzept vorzustellen. Möglicherweise könnten dann auch Informationen aus den Erprobungskommunen einfließen. Ein kurzfristiger Austausch in Form eines Sondertermins wurde abgelehnt.</p> <p>Der Aktionstag wurde von allen Teilnehmern sehr positiv dargestellt. Auch NOVA bewerte deren Tag der offenen Tür als Erfolg. Die Mitglieder der PSAG kamen einstimmig darin überein, jedes Jahr Aktionen im Rahmen der Woche der seelischen Gesundheit durchzuführen. Herr Schmidt wird Anfang des kommenden Jahres eine Abfrage durchführen, wer sich an der Vorbereitung beteiligen wolle und dann dazu einladen. Eine frühzeitige Planung sei wichtig.</p> <p>Es wurde kurz auf die RPK Wohnen 2022 eingegangen. Insbesondere Dr. Görtz und Herr Schmidt waren über die ungewöhnlich niedrige Quote der Leistungsberechtigten im Bereich ABW u. stat. Versorgung verwundert. In den Bereichen geistige Behinderung, psychische Behinderung und Suchterkrankung lag die Quote in Westfalen-Lippe zumeist doppelt so hoch wie in Hagen. Lediglich im Bereich körperlicher Behinderung war der Versorgungsgrad im stat. Bereich in einem umgekehrten Zahlenverhältnis. Herr Ahlbrand vom LWL erklärte, dass er diese Problematik beim LWL ansprechen werde und man zur nächsten PSAG eine Aussage treffen werde.</p> <p>keine Meldungen</p>
---	--

<p>b) <u>Stand GPV</u></p>	<p>Herr Dümpelmann berichtet über den Stand die Tätigkeit im Rahmen der neu geschaffenen Stelle zur Koordination eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es wurde eine Abfrage bezüglich der Bedarfe an Fortbildung für Mitarbeiter/innen der Dienste der Eingliederungshilfe gestartet. Bezüglich der Möglichkeit der Teilnahme Externer an internen Fortbildungen andere Institutionen, gab es keine Rückmeldungen. Herr Rottschäfer (Ev. Stiftung Volmarstein) und Herr Voss (Sicherleben), geben Bescheid, wenn bei ihnen wieder Möglichkeiten bestehen. Die Auswertung der Fragebögen hat ergeben, dass insbesondere ein Fortbildungsbedarf für psychiatrische Krankheitsbilder und deren Behandlung besteht. Zudem wurden sozialrechtliche Fragestellungen und Schulungen zur ICF angegeben. Es wird geprüft, ob intern Angebote gemacht werden können. Ein Austausch und die Planung von gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen wurden nicht benannt. Falls dies im Nachgang noch gewünscht wird, kann darauf eingegangen werden. - Bezüglich des Einsatzes von Leiharbeitern und Leiharbeiterinnen in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe wurde eine Abfrage durchgeführt. Das genaue Ergebnis kann der Anlage entnommen werden. Leiharbeit ist auch in der Eingliederungshilfe angekommen, wenn auch nicht so virulent als in den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern. Die Daten wurden der Bezirksregierung in Arnsberg und dem Ministerium für Arbeit Gesundheit u. Soziales zugeleitet (MAGS), mit der Bitte zur Beachtung im politischen Raum. Von der Bezirksregierung wurde inzwischen das MAGS aufgefordert eine landesweite Abfrage in allen Städten und Kreisen zu starten, um einen Gesamtüberblick im Land über die Verbreitung von Arbeitnehmerüberlassung in NRW zu bekommen. Ziel ist die Schaffung von klaren Rahmenbedingungen und Grenzen für Arbeitnehmerüberlassung im Gesundheitswesen. - Krankenkassen unterstützen Betriebe beim Aufbau einer betrieblichen Gesundheitsförderung und finanzieren Maßnahmen (siehe Anlage). Hier besteht Kontakt zur AOK Schwelm, die das Konzept für Einrichtungen der Eingliederungshilfe vorstellen könnte. Ein konkreter Bedarf wurde nicht geäußert. Auch hier kann im Nachgang noch ein Kontakt hergestellt werden. - Bezüglich der Einrichtung einer Homepage GPV gibt es evtl. die Möglichkeit diese auf der Seite der Stadt Hagen zu verankern. Dazu muss ein "Pflichtenheft" mit einer möglichst genauen Beschreibung der Funktion der Seite erfolgen. Es werden Unterstützer aus den Reihen der PSAG gesucht. - Es wurde die Gründung eines Austausch der Anbieter der Einrichtungen für Menschen mit einer Intelligenzminderung angeregt. Der Vorschlag wurde allgemein positiv aufgenommen. Es wird daher ein Termin im 1. Quartal 2023 angestrebt. - Es konnte ein Austausch von Mitgliedern der AG- Sucht und den niedergelassenen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten für Februar des nächsten Jahres verabredet werden.
<p>c) <u>Stand Verrückt? Na und!</u></p>	<p>Frau Hilscher verwies auf die bestehenden Informationen zum Projekt und warb insbesondere um bisher fehlende persönliche Expertinnen und Experten. Die Präsentation ist ebenfalls beigefügt. Fachliche Experten aus den Reihen der PSAG und anderer Akteure gebe es derzeit ausreichend. Die persönlichen Experten würden eine finanzielle Aufwandsentschädigung erhalten. Sie müssen eigene Erfahrungen mit psychischen Krisen und deren Bewältigung haben. Es gibt keine Altersbeschränkung. Es werden kostenlose Schulungen an drei Tagen durchgeführt. Die Experten sollten an mindestens 3 Schultagen pro Jahr im Tandem mit einem fachlichen Experten teilnehmen. Interessierte Personen sollen sich möglichst kurzfristig bei Frau Hilscher (Tel.: 207-3639 oder lucie.hilscher@stadt-hagen.de) melden. Es wird auch eine entsprechende Informationsveranstaltung durchgeführt werden.</p>
<p>d) <u>Themen, Termine, nächster Tagungs-ort</u></p>	<p>Themen: PeRisikoP Persönliches Budget Rückmeldung GPV</p>

<p><i>Besprechung „schwierige Klienten“</i></p> <p>Nächste Sitzung:</p>	<p>Weitere Themenvorschläge für die nächsten Sitzungen bitte an Herrn Schmidt</p> <p>Termine 2023: 29.03.2023 (geändert) 07.06.2023 06.09.2023 22.11.2023</p> <p>Orte: Altes Stadtbad Rathaus an der Volme</p> <p>Weitere Vorschläge bitte an Herrn Schmidt</p> <p><i>Die Besprechung fand aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht statt.</i></p> <p>Mittwoch, 29.03.2022 um 14:00 Uhr, Ort wird noch mitgeteilt</p>
--	---